

**Digitale Schriftenreihe der Carl-Schirren-Gesellschaft
Band 05**

Alfred Eisfeld

**Boris Meissner und der Göttinger
Arbeitskreis, seine Nachwirkungen
in Wissenschaft und Politik**

Am 10. August 2015 hätte Boris Meissner seinen 100. Geburtstag feiern können. Aus diesem Anlass veranstalteten der Göttinger Arbeitskreis, die Carl-Schirren-Gesellschaft sowie die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen vom 06. bis zum 08. November 2015 in Lüneburg das 27. Baltische Seminar „Boris Meissner, Osteuropa und das Völkerrecht zum 100. Geburtstag von Boris Meissner“.

Neben mehreren Würdigungen Boris Meissners erfolgten Referate, in denen die Sowjetunion und Russland, die baltischen Staaten, Belarus, Polen, die Ukraine sowie Moldawien und Georgien im Mittelpunkt standen.

Der folgende Text ist ein Beitrag zum 27. Baltischen Seminar, das durch die Unterstützung des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht wurde.

© 2021 Carl-Schirren-Gesellschaft e.V.

Alle Rechte vorbehalten

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherungen und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

Alfred Eisfeld

Boris Meissner und der Göttinger Arbeitskreis, seine Nachwirkungen in Wissenschaft und Politik

Boris Meissner ist bekanntlich in der Familie eines deutschbaltischen Juristen in Pskov (Pleskau) zur Welt gekommen.¹ Der erste Lebensabschnitt war auf das Engste mit der Stadt Pärnu verbunden, in der er das Deutsche Private Gemeinschaftsgymnasium absolvierte. Danach folgte ein Studium an der Universität Dorpat (Tartu), das er 1934 mit dem Diplom in Wirtschaft abschloss. 1939 setzte er sein Studium an der Universität Dorpat fort. Er widmete sich den Rechtswissenschaften, doch die große Politik setzte der Friedenszeit schon bald ein Ende.

Im Jahr 1939 schlossen das Deutsche Reich und die Sowjetunion den Nichtangriffspakt, teilten Ostmitteleuropa in Einflussphären auf und leiteten einvernehmlich eine „ethnische Entflechtung“ beiderseits der Demarkationslinie von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer ein. Die deutschen Minderheiten jenseits der Reichsgrenze wurden von Reichsführer Adolf Hitler in seiner Reichstagsrede am 6. Oktober 1939 bekanntlich als Störfaktor in den zwischenstaatlichen Beziehungen bezeichnet, den es zu beseitigen galt.

Boris Meissner hat am eigenen Leib erleben müssen, was das bedeutet. Die Umsiedlung nach Posen und die Einberufung in die Wehrmacht, fast fünf Jahre Kriegsteilnahme (1940-1945) und die britische Kriegsgefangenschaft prägten ihn als Menschen und machten das Osteuropäische Recht zum Schwerpunkt seines wissenschaftlichen Interesses.

Seine wohl bedeutendste wissenschaftliche Arbeit aus den frühen 1950er Jahren war die 1954 erschienene Dissertation „*Die Sowjetische Intervention im Baltikum und die völkerrechtliche Problematik der baltischen Frage*“.

¹ Professor Dr. Dr. h.c. Boris Meissner †,
in: www.iorr.uni-koeln.de/11473.html?&L=0;
Boris Meissner - Internet-Auftritt der BHK.

www.balt-hiko.de/mitglieder/nachrufe/boris-meissner/; Boris Meissner, in:
www.gelehrtenverzeichnis.de/.../244f75ba-b4e7-eae0-f277-4e4ba9094e.

Als Geburtsort wurde Pleskau, Sowjetunion, angegeben, die es aber noch nicht gab.

Im Jahr 1956 erschien sie in Buchform unter dem Titel: „*Die Sowjetunion, die baltischen Staaten und das Völkerrecht*“. Dieses Werk gilt als juristischer Nachweis dafür, dass die Besetzung und Angliederung der Baltischen Staaten durch die Sowjetunion ungerechtfertigt war und einen Bruch des Völkerrechts darstellte.

Es muss erwähnt werden, dass Boris Meissner von 1953 bis 1959 in Diensten des Auswärtigen Amtes stand. Als Leiter des Referats Sowjetunion gehörte er der deutschen Beobachter-Delegation auf den Außenministerkonferenzen von Berlin (Februar 1954) und von Genf (Juli und November 1955) an. Im September 1955 gehörte er der Delegation von Konrad Adenauer an, die in Moskau über die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen verhandelte. Im Frühjahr 1956 wurde Boris Meissner Gesandtschaftsrat an der Deutschen Botschaft in Moskau.

Auf den Dienst im Auswärtigen Amt folgte von 1959 bis 1964 die Tätigkeit als Ordinarius für Ostrecht, Politik und Soziologie Osteuropas und Direktor des Seminars für Politik, Gesellschaft und Recht Osteuropas der Universität Kiel. In diese Zeit (1961) fällt auch die Berufung zum Gründungsvorsitzenden des wissenschaftlichen Direktoriums des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.² Im Jahr 1964 folgte Prof. Meissner einem Ruf der Universität Köln, wurde Ordinarius für Ostrecht und Direktor des Instituts für Ostrecht der Universität Köln bis 1985.

Dies sind nur einige Stationen der beruflichen Laufbahn von Boris Meissner, doch sie verdeutlichen seine hohe wissenschaftliche Reputation und die Nähe zu politischen Entscheidungen.

Der Göttinger Arbeitskreis, zu dessen Präsidenten Boris Meissner 1965 gewählt wurde, sollte für 35 Jahre (bis 2000) zu einem seiner Instrumente des Wissenschaftsmanagements werden. Er wählte Themen für die 1966 bis 1973 jährlich in Göttingen und von 1974 bis 1996 in der

² BORIS MEISSNER: Die Entwicklung des Göttinger Arbeitskreises e. V. seit 1946 und sein Beitrag zur Osteuropaforschung, in: 50 Jahre Göttinger Arbeitskreis e. V. Hrsg. von BORIS MEISSNER/ALFRED EISFELD, Göttingen 1999, S. 23. Ausführlich dazu: BORIS MEISSNER: Die deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1941 bis 1967, in: Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg/Pr. Bd. XVIII. Hrsg.: Der Göttinger Arbeitskreis, Würzburg 1968, S. 42-44.

renommierten Akademie der Wissenschaften und der Literatur zu Mainz durchgeführten Wissenschaftlichen Jahrestagungen. Dabei ging es vor allem um die Ost-West-Beziehungen, die Deutschlandfrage und die Entwicklung in der DDR. So machte er auf der Wissenschaftlichen Jahrestagung des Göttinger Arbeitskreises 1967 den „Vorschlag eines bilateralen Friedenspaktes zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion, der die Bereitschaft der Sowjetunion zur Freigabe der DDR erhöhen sollte“.³ 1998 schrieb Meissner rückblickend: „Als Mitglied der Expertengruppe im Bundeskanzleramt habe ich den Vorschlag, der Sowjetunion einen zweiseitigen ‚Großen Vertrag‘ anzubieten, wiederholt. Er ist von Bundeskanzler Helmut Kohl aufgegriffen worden und hat dazu beigetragen, die Ablehnung der Sowjetführung gegen die Einbeziehung des vereinigten Deutschland in die NATO zu überwinden.“⁴ Im weiteren Verlauf wurde am 19. September 1990 der Vertrag „Über gute Nachbarschaft, Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion“ paraphiert.

Boris Meissner teilte 1996 die Entwicklung des Göttinger Arbeitskreises rückblickend in drei Phasen ein:

- I. Von der Gründung des Göttinger Arbeitskreises bis zu den Ostverträgen
- II. Von den Ostverträgen bis zur Wiedervereinigung Deutschlands
- III. Von der Wiedervereinigung und dem Zerfall der Sowjetunion bis zur Gegenwart (1996). Diese Phase kann man bis 1999 verlängern, bis nach dem Regierungswechsel in Berlin eine Neuordnung im Bereich der Forschungs- und Kultureinrichtungen, die nach § 96 BVFG gefördert wurden, begann.
- IV. Die Phase der Neuordnung des Bereichs des § 96 BVFG bis zur Gegenwart.

³ BORIS MEISSNER: Die Entwicklung des Göttinger Arbeitskreises e. V. seit 1946 und sein Beitrag zur Osteuropaforschung, in: 50 Jahre Göttinger Arbeitskreis e. V. Hrsg. von BORIS MEISSNER/ALFRED EISEL, Göttingen 1999, S. 27.

⁴ Ebenda.

Nachstehend soll nicht die Anzahl und der Inhalt der Konferenzen und Publikationen⁵ analysiert, sondern auf die Bedeutung Boris Meissners für die jeweilige Periode in gebotener Kürze eingegangen werden.

I. Von der Gründung des Göttinger Arbeitskreises bis zu den Ostverträgen

Das Festhalten an der Gültigkeit der Grenzen Deutschland von 1937, die Präsenz der Millionen von Heimatvertriebenen aus den ostdeutschen Provinzen und deren starke emotionale Bindung an ihre Heimat bildeten sozusagen den Boden, auf dem der Göttinger Arbeitskreis in dieser Phase seine Aktivitäten entwickelte. Der damals vorherrschende Geist kam wohl am eindrucksvollsten in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen mit dem Verzicht auf Rache und Vergeltung sowie dem Bekenntnis zum freien Europa zum Ausdruck, die im Göttinger Arbeitskreis formuliert wurde. Dank der Förderung durch das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte konnten bis zu 28 Personen hauptamtlich in Göttingen beschäftigt werden. 409 Publikationen, teils in mehreren Sprachen, waren der publizistische Ertrag. Der Göttinger Arbeitskreis hat mit seinen Publikationen ganz wesentlich dazu beigetragen, dass die Geschichte und Kultur Ost- und Westpreußens sowie Schlesiens im Bewusstsein und in der wissenschaftlichen Diskussion präsent blieben.

II. Ostverträge

Mit den Ostverträgen veränderte sich die politische Landschaft in Deutschland. Der Göttinger Arbeitskreis wurde von Regierungsseite als überflüssig, ja störend eingestuft. Meissner schrieb darüber u.a.: „Aus dem Moskauer Vertrag mit der Sowjetunion und dem Warschauer Vertrag mit Polen von 1970 war zu ersehen, daß von der Bundesregierung

⁵ Übersicht über die Konferenzen und Publikationen des Göttinger Arbeitskreises e. V. siehe in: 50 Jahre Göttinger Arbeitskreis e. V. Hrsg. von BORIS MEISSNER/ALFRED EISENFELD, Göttingen, 1999, S. 83-132; 10 Jahre Institut für Deutschland- und Osteuropafor schung des Göttinger Arbeitskreises e. V. Forschungs- und Publikationsbericht. Red.: S. Eichwald, Göttingen 2001, S. 35-112; www.goettinger-arbeitskreis.de (Rubriken: Publikationen, Veranstaltungen).

der sozial-liberalen Koalition die Hoffnung auf eine Änderung des territorialen Besitzstandes Deutschlands im weiter ausstehenden Friedensvertrag mit Deutschland aufgegeben war. Damit fiel auch das bisherige Interesse an einer beratenden Funktion und den publizistischen Aktivitäten des Göttinger Arbeitskreises weg.⁶⁶

Die institutionelle Förderung wurde ihm entzogen. Das Personal musste entlassen werden. Der Verein setzte seine wissenschaftliche und publizistische Tätigkeit aber in einem kleineren Rahmen fort. Er hatte in den 1960er Jahren ein Gebäude im Göttinger Ostviertel erworben und nach Ausbleiben der institutionellen Förderung eine größere Spende aus der Wirtschaft eingeworben. Das musste ausreichen, bis bessere Zeiten kamen.

Boris Meissners Handschrift war bei der Wahl der Jahrestagungen nicht zu verkennen. Im Jahr 1970 war das Thema „Die Stellung der Oststaaten zu einer gesamt europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung“, 1972 „Die Rechtsstellung Deutschlands nach den Ostverträgen“, 1975 „Die Beziehungen der beiden deutschen Teilstaaten zur Sowjetunion“, 1976 „Die Beziehungen der beiden Teilstaaten zu Polen“, 1977 „Die KSZE, die UN-Menschenrechtskonvention und Deutschland“, 1978 „Entspannungsbegriff und Entspannungspolitik in Ost und West“. Deutschlandpolitische Fragestellungen und die Ost-West-Beziehungen (bis hin zu China) führten Jahr für Jahr namhafte Wissenschaftler zu den wissenschaftlichen Fachtagungen nach Göttingen und wissenschaftlichen Jahrestagungen nach Mainz.

In den frühen 1980er Jahren wurde von der Wissenschaft und von der Politik das Thema „Deutsche in der Sowjetunion“ entdeckt. In der Sowjetunion selbst, aber auch für westliche Beobachter, war das Thema allerdings schon seit Anfang der 1970er Jahre, seit den Unterschriftensammlungen von Ausreisewilligen, dem Sitzstreik im Moskauer Telegraphenamt und kurzzeitigen Protestzeichen auf dem Roten Platz oder vor der Deutschen Botschaft präsent.

Im Jahr 1987 gelang es Boris Meissner bei der Niedersächsischen Landesregierung Personalmittel für einen Referenten zu bekommen, der sich

⁶⁶ Ebenda, S. 24.

mit den Deutschen in der Sowjetunion befassen sollte. Sein Anruf erreichte mich im Osteuropa-Institut München und war kurz. „Kommen Sie nach Göttingen, ich habe eine Stelle für Sie“. Ich kam. Boris Meissner kannte mich aufgrund meiner damals noch nicht zahlreichen Publikationen und der Teilnahme an Konferenzen. Wenig später wurde Gerhard Schröder Ministerpräsident in Hannover und die Mittel wurden gestrichen. Boris Meissner fand andere Mittel, denn das Bundesinnenministerium, u. a. zuständig für Spätheimkehrer, später auch Aussiedler genannt, hatte Informationsbedarf.

Nachdem Bundespräsident Richard v. Weizsäcker eine evangelische Gemeinde in Novosibirsk aufgesucht und Bundeskanzler Helmut Kohl im Herbst 1988 in Moskau mit Vertretern der deutschen Bevölkerung zusammentraf, war das Thema endgültig in der Politik angekommen.⁷ Ein Jahr später beschloss der Vorstand des Göttinger Arbeitskreises, ein Forschungsinstitut zu gründen. Es verging noch ein Jahr, bis die Mitgliederversammlung die Vereinssatzung verabschiedete. § 1 Abs. 3 lautete jetzt: „Der Verein bezweckt die wissenschaftliche Erforschung der rechtlichen, politischen und sozial-ökonomischen Lage der Deutschen im östlichen Europa sowie der Probleme der Entwicklung Deutschlands und seiner osteuropäischen Nachbarn und ihrer Zusammenarbeit im gesamt-europäischen Rahmen“. Das Institut bekam die Bezeichnung Institut für Deutschland- und Osteuropaforschung des Göttinger Arbeitskreises. Die Arbeit auf Basis von Projektförderung war indes nicht einfach. Jährliche Mittelbeantragung und getrennte Abrechnung der Sachkosten etwa, werden manchem noch gut in Erinnerung sein. Für Boris Meissner war das nur Ansporn. Für mich öffnete sich der weite Bereich der Sowjetunion. Meine Kenntnisse von Land und Leuten, erfreulicherweise auch die über die Deutschen in der Sowjetunion, fanden Anwendung.

Ein paar Jahre später sagte Eckart Werthebach, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, in der Festveranstaltung anlässlich des 50. Gründungstages des Göttinger Arbeitskreises am 31. Oktober 1996:

⁷ ALFRED EISFELD: Die Stellung der Russlanddeutschen in der sowjetisch-russischen Deutschlandpolitik, in: 50 Jahre sowjetische und russische Deutschlandpolitik sowie ihre Auswirkungen auf das gegenseitige Verhältnis. Hrsg. von BORIS MEISSNER UND ALFRED EISFELD, Berlin 1999, S. 252-254.

„Für die großartigen Leistungen zur Erforschung der deutschen Geschichte im Osten danke ich jedem Mitglied des Göttinger Arbeitskreises ganz persönlich. Und ich füge hinzu: Die Bundesregierung hatte in der schwierigen Umbruchphase nach 1990 im Göttinger Arbeitskreis und besonders in Herrn Dr. Eisfeld einen kompetenten Berater, um den Russlanddeutschen heute die Bundesunterstützung zukommen zu lassen, die half, Not zu lindern und Lebensperspektiven zu geben. Gerne erwähne ich, dass zum Beispiel die erste Konzeption für Hilfsmaßnahmen von Begegnungsstätten über die Hilfen für Kindergärten, Schulen und Organisationen bis hin zu Kleinbetrieben im Bereich der Lebensmittelverarbeitung als Hilfe an die Deutschen an der Wolga, in Westsibirien und in Nordkasachstan in Zusammenarbeit mit Ihnen zustande kam. Auch in anderen Regionen, sei es in Kirgistan, in der Ukraine oder im früheren Nordostpreußen, konnte das Bundesinnenministerium auf Ihren Rat zählen“.⁸

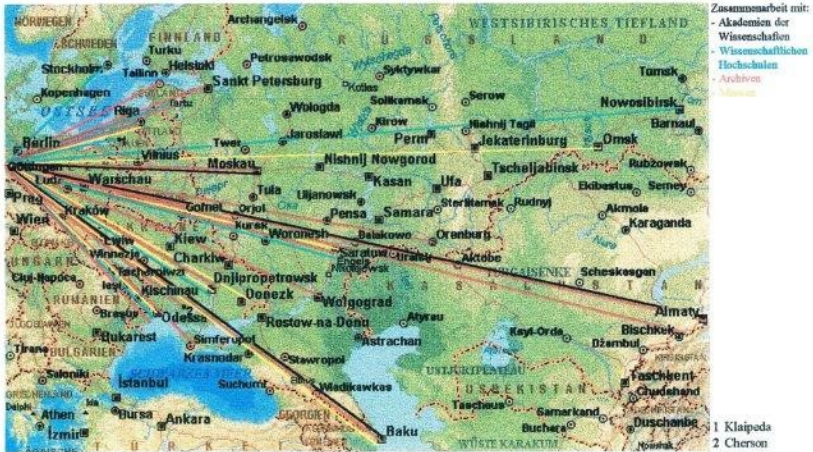
III. Von der Wiedervereinigung und dem Zerfall der Sowjetunion bis 1999

Die Mühen von Boris Meissner und der wenigen Projektmitarbeiter lohnten sich. Der Göttinger Arbeitskreis bekam ab 1. Januar 1994 eine institutionelle Förderung der Bundesregierung und konnte binnen Kurzem eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Nachwuchswissenschaftlern und Archivaren in der Russischen Föderation, in der Ukraine, in Kasachstan, Kirgisien und Aserbajdžan in die Wege leiten. Mitte der 1990er Jahre waren in Projekten des Göttinger Arbeitskreises auf Honorarbasis bis zu 25 Archivare in Saratov, Wolgograd, Engels, Dnepropetrowsk, Odessa, Baku, Almaty und Biškek, darüber hinaus Museumsfachleute in Omsk, Saratov, Doneck, Dnepropetrowsk, Cherson, Odessa und Simferopol mit der Erschließung von Archivalien und Exponaten zur

⁸ ECKART WERTHEBACH: Grußwort anlässlich der Festveranstaltung des 50. Gründungstages des Göttinger Arbeitskreises e. V. am 31.10.1996 in Göttingen, in: 50 Jahre Göttinger Arbeitskreis e. V. Hrsg. von BORIS MEISSNER/ALFRED EISFELD. 2. unveränderte Auflage. (Veröffentlichung des Göttinger Arbeitskreises Nr. 473), Göttingen 1999, S. 12-13.

deutschen Geschichte und Kultur im Russischen Reich und in der Sowjetunion beschäftigt. Wo sich neue Projekte in Angriff nehmen lassen würden, war selten sicher vorherzusehen. Der Weitblick Boris Meissners und meine, während häufiger Reisen gesammelten Erfahrungen, machten es allerdings leicht zu übereinstimmender Einschätzung der Lage zu kommen.

Kooperationspartner in Europa und Asien



Hilfreich waren dabei Projekte zur empirischen Sozialforschung, die der Göttinger Arbeitskreis im Auftrag des Bundesinnenministeriums in Kirgisien⁹ und im Gebiet Omsk¹⁰ sowie auf Vorschlag des Deutschen Generalkonsulats Novosibirsk¹¹ mit Partnern vor Ort durchführte.

⁹ Arbeitsbericht über die Ergebnisse der Befragungsstudie „Deutsche in Kirgizstan (September 1992 – Januar 1993)“. Hrsg.: Institut für Deutschland- und Osteuropaforschung - Göttinger Arbeitskreis, Meinungsforschungszentrum der Republik Kirgizstan, Göttingen 1993, 38 S.

¹⁰ Statističeskij očet "O nekotorych rezul'tatach konkretno-soziologičeskogo issledovanija 'Sociokul'turnyj portret nemeckogo naselenija Omskoj oblasti'" [Statistischer Bericht „Über einige Ergebnisse der konkret-soziologischen Untersuchung 'Das sozio-kulturelle Portrait der deutschen Bevölkerung des Gebiets Omsk'"]. Gettingen, mart 1994 g. [Göttingen, März 1994].

¹¹ Deutsches Forschungszentrum an der Staatlichen Universität Novosibirsk: Probleme des Bildungswesens der Rußlanddeutschen in Orten Westsibiriens mit geringem deutschen Bevölkerungsanteil. Novosibirsk 1996, 41 S.; dasselbe, Lebensbedingung, Wertvorstellungen und Bildungsprobleme der russlanddeutschen Jugend in Westsibirien.

Die Sichtung und Erschließung von Quellen zur deutschen Geschichte im Osten Europas konnte unter Einbeziehung von Archivkräften in der Ukraine und Russland binnen weniger Jahre bemerkenswerte Ergebnisse vorweisen. Im Gebietsarchiv Dnepropetrovsk konnte ein annotiertes Findbuch für den Aktenbestand des Fürsorgekontors für ausländische Ansiedler Neurusslands (1781-1818) erarbeitet und im Gebietsarchiv Odesa die Sichtung und Annotation des 20.000 Archiveinheiten umfassenden Bestands des Fürsorgekomitees für ausländische Ansiedler in Südrussland (1799-1876) durchgeführt werden. Bis 2010 konnten sieben der geplanten 20 Bände erscheinen, wobei die Verzögerung mit der Herausgabe des Gesamtwerks nur durch den Wegfall der Finanzierung nach der von der rot-grünen Koalition 1999 eingeleiteten Neuordnung im Bereich der Forschungs- und Kultureinrichtungen, die nach § 96 BVFG gefördert wurden, und fehlendes Interesse auf Seiten des neuen Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa zurückzuführen war.

Parallel dazu wurden Findbücher für die Aktenbestände des Saratover Fürsorgekontors für ausländische Ansiedler und etwas später für ausgewählte Bestände der Archive in Engels, Wolgograd und Simferopol erarbeitet. Damit konnte der Zugang zu den bis zur Auflösung der UdSSR kaum bis gar nicht genutzten Dokumenten wesentlich erleichtert werden.

Im Jahr 1994 wurde unter maßgeblicher Beteiligung des Göttinger Arbeitskreises e. V. eine Konferenz „Die Russlanddeutschen am Don, im Kaukasus und an der Wolga“ durchgeführt, auf die jährlich Konferenzen zu verschiedenen Perioden und Ereignissen der Geschichte und Kultur der Deutschen im Russischen Reich, in der Sowjetunion und in deren Nachfolgestaaten folgten. 1995 konnte die "Associacija issledovatelej is-

Nowosibirsk 1997, 79 S.; dasselbe, Integrationsprobleme der Rußlanddeutschen in ihren neuen Siedlungsgebieten in Sibirien und Aufbau einer Datenbank. Nowosibirsk 1998, 48 S.; dasselbe, Bericht über das Forschungsprojekt „Die sozialökonomische Lage der Russlanddeutschen in Sibirien: Wirtschafts- und Erwerbstätigkeit, Lebensbedingungen und sozialer Status“. Übersetzung aus dem Russischen, Nowosibirsk 2000, 55 S.

torii i kul'tury rossijskich nemcev" (Assoziation zur Erforschung der Geschichte und Kultur der Russlanddeutschen)¹² und das Wissenschaftliche Informationsbulletin gegründet werden, das vom Auswärtigen Amt gefördert wurde.

Im Bericht der Bundesregierung über ihre Maßnahmen zur Förderung der Kulturarbeit gemäß § 96 BVFG in den Jahren 1995 und 1996 war nachzulesen: „Das Institut für Deutschland- und Osteuropaforschung -- Der Göttinger Arbeitskreis e. V. -- erforscht schwerpunktmäßig die politische, wirtschaftliche, rechtliche und kulturelle Entwicklung der Deutschen im Russischen Reich, in der ehemaligen Sowjetunion, deren Nachfolgestaaten und in den baltischen Republiken. Im Berichtszeitraum wurden aus Mitteln nach § 96 BVFG u. a. die Projekte ‚Rechtsformen der nationalen Autonomie und des Minderheitenschutzes in den baltischen Staaten und in der Sowjetunion/GUS von 1918 bis heute in ihrer Wahrnehmung durch die Deutschen‘, ‚Die kulturelle Selbstverwaltung der Deutschen in Lettland und die gegenseitigen deutsch-lettischen kulturellen Beziehungen von der Errichtung der Republik Lettland 1918 bis zur Gegenwart‘, ‚Einwanderung in die Wolgaregion 1764 bis 1767‘, ‚Politische Bewegungen in den deutschen Kolonien an der Wolga von Februar 1917 bis November 1918‘ und ‚Deutsche in der Ukraine 1917 bis 1921‘ gefördert. - Zwei internationale Konferenzen in Göttingen galten den Themen ‚Deutsche in Rußland und in der Sowjetunion 1914 bis 1928‘ und ‚Lage und Perspektiven der Rußlanddeutschen in Rußland und den GUS-Republiken nach den russischen Duma- und Präsidentenwah-

¹² O sozdanii Associacii issledovatelej istorii i kul'tury rossijskich nemcev [Über die Gründung der Assoziation zur Erforschung der Geschichte und Kultur der Russlanddeutschen], in: Naučno-informacionnyj bjulleten' № 3-4. Wissenschaftliches Informationsbulletin Nr. 3-4. Hrsg.: Associacija issledovatelej istorii i kul'tury rossijskich nemcev (Moskva), Wissenschaftliche Kommission für die Deutschen in Rußland und in der GUS (Göttingen, Deutschland), Institut für Deutschland- und Osteuropaforschung (Göttingen, Deutschland), Meždunarodnyj sojuz nemeckoj kul'tury (IVDK). Moskva, ijul' - dekabr' 1995, S. 4.; Meždunarodnaja Associacija issledovatelej istorii i kul'tury rossijskich nemcev. 1995-2010. Spravočnik. [Internationale Assoziation zur Erforschung der Geschichte und Kultur der Russlanddeutschen. 1995-2010. Handbuch]. Nauč. red.: I. V.; Sost.: I. V. Čerkaz'janova, T. B. Smirnova [Wiss. Red.: I. V. Čerkaz'janova. Bearb.: I. V. Čerkaz'janova, T. B. Smirnova]. Moskva 2010, 220 S.

len⁴. In Zusammenarbeit mit ausländischen Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen wurden zwei Konferenzen in Rußland und eine in der Ukraine durchgeführt¹³.



h. R. v. l.: Dipl.-Germ. Victor Herdt, Sabine Eichwald, Dr. Alfred Eisfeld, Bibl.-Ass. Dipl.-Bibl. Kristina Heide, Dr. Viktor Bruhl, Detlef Henning, M. A.
v. R. v. l.: Ingrid Möhring, Friedrich Meyer, Marion Hanke, Dipl.-Sprachmittler Norbert Krallemann, Dr. Eva-Maria Auch

¹³ Deutscher Bundestag: Drucksache 13/8096 vom 23.06.1997, in: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/13/080/1308096.asc>.

Nicht zu vergessen ist das Symposium „Saratov-92“, zu dem über 100 deutsche Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker mit einem Sonderflug der LH auf den Stützpunkt der strategischen Bomberflotte Russlands in Engels gebracht werden konnten. Dietrich Rauschnig gelang es für die elf thematisch sehr unterschiedlichen Sektionen Fachleute für Reaktorsicherheit, für kommunale Wirtschaft, Landwirtschaft, Umweltschutz usw. zu gewinnen. Eines der Ergebnisse dieses Symposiums war die Fortbildung der russischen Ingenieure für Reaktorsicherheit im AKW Balakovo. Die russische Seite konnte damals von den vielen durch das Symposium gebotenen Kontakten und Möglichkeiten keinen Gebrauch machen, weil die Wirtschaft sich im Sinkflug befand. Die Idee der weitgefächerten Zusammenarbeit wurde aber überzeugend vorgetragen und kam in den 1990er Jahren auch im Wolgagebiet punktuell zur Anwendung. Zu einer engeren Kooperation zwischen dem Patenland der Wolgadeutschen, Hessen, und dem Gebiet Saratov kam es bedauerlicherweise nicht.

Deutschlandpolitische Fragestellungen und die Baltikumforschung waren ureigene Forschungs- und Publikationsfelder Meissners. Er holte aber auch junge Baltikumforscher nach Göttingen. Zwei von ihnen möchte ich besonders hervorheben:

Egils Levits, geboren 1955, Absolvent der Fakultäten für Rechtswissenschaften und politische Wissenschaften der Universität Hamburg, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fakultät für Rechtswissenschaften der Universität Kiel.

Während der singenden Revolution im Baltikum kommentierte er fast täglich das Weltgeschehen für die lettischen Medien aus der Calsowstraße 54 in Göttingen. Von hier aus arbeitete er auch an der Reform des Justizwesens Lettlands. Sein weiterer Werdegang war kometenhaft: Berater des lettischen Parlaments für Fragen des internationalen Rechts, des Verfassungsrechts und der Gesetzgebungsreform; Botschafter Lettlands in Deutschland und der Schweiz (1992-1993) sowie in Österreich und Ungarn (1994-1995); stellvertretender Ministerpräsident und Justizminister, Wahrnehmung der Aufgaben des Ministers für auswärtige Angelegenheiten (1993-1994); Schlichter am Vergleichs- und Schiedsgerichtshof innerhalb der OSZE (seit 1997); Mitglied des Ständigen Schiedshofes (seit

2001); 1995 Wahl zum Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, Wiederwahl 1998 und 2001; Richter am Europäischen Gerichtshof seit 11. Mai 2004, zahlreiche Veröffentlichungen in den Bereichen des Verfassungsrechts und des Verwaltungsrechts, der Gesetzgebungsreform und des Gemeinschaftsrechts.¹⁴ In der Wahl zum Staatspräsidenten der Republik Lettland 2015 reichten die Stimmen nicht für einen Sieg

Cornelius Hasselblatt (geb. 1960 in Hildesheim), aus einer Pastorenfamilie stammend, studierte an der Universität Hamburg Finnougristik, Geschichts- und Literaturwissenschaften. Er kannte sich in Estland und Finnland aus, bevor Boris Meissner ihn im Herbst 1992 als Referenten nach Göttingen holte. Bis Oktober 1995 befasste er sich in Göttingen vor allem mit historischen Fragestellungen. Aus dieser Zeit stammen seine Monographie „Minderheitenpolitik in Estland. Rechtsentwicklung und Rechtswirklichkeit 1918-1995“¹⁵ und der mit Boris Meissner und Dietrich Loeber herausgegebene Tagungsband „Die deutsche Volksgruppe in Estland während der Zwischenkriegszeit und aktuelle Fragen des deutsch-estnischen Verhältnisses“.¹⁶

Nach einem Zwischenaufenthalt an der Universität Hamburg hatte Hasselblatt von 1998 bis 2014 den Lehrstuhl für finnougrische Sprachen und Kulturen an der Reichsuniversität Groningen inne. Im Internet wird er deshalb auch als „niederländischer Finnougrist deutscher Herkunft“ vorgestellt.

Über die 2006 erschienene „Geschichte der estnischen Literatur. Von den Anfängen bis zur Gegenwart“¹⁷ schrieb Carsten Wilms: „Cornelius Hasselblatt, Professor für Finnougrische Sprachen und Kulturen an der

¹⁴ Egils Levits, in: de.wikipedia.org/wiki/Egils_Levits; Lettlands Parlament wählt neuen Präsidenten; in: Das Baltikum-Blatt // www.baltikum-blatt.eu. 27. Oktober 2015.

¹⁵ CORNELIUS HASSELBLATT: Minderheitenpolitik in Estland. Rechtsentwicklung und Rechtswirklichkeit 1918-1995, Hamburg 1996, 154 S.

¹⁶ Die deutsche Volksgruppe in Estland während der Zwischenkriegszeit und aktuelle Fragen des deutsch-estnischen Verhältnisses. Hrsg: von BORIS MEISSNER/DIETRICH A. LOEBER/CORNELIUS HASSELBLATT, Hamburg 1996, 311 S.

¹⁷ CORNELIUS HASSELBLATT: Geschichte der estnischen Literatur. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Berlin/New York, Walter de Gruyter 2006, 869 S.

Rijksuniversiteit Groningen, ist einer der bedeutendsten zeitgenössischen Kenner der estnischen Literatur. Seine kürzlich erschienene und vor allem als Nachschlagewerk zu benutzende Geschichte der estnischen Literatur erhebt den Anspruch, eine Gesamtdarstellung der Literatur in estnischer Sprache zu geben, bei der sich „Lesbarkeit, Detailreichtum und Faktensicherheit“ (S. VII) die Waage halten. Es handelt sich um die erste deutschsprachige Gesamtdarstellung der estnischen Literatur, die annähernd einen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann. Damit wird eine Lücke geschlossen, die wieder einmal bewusstmacht, wie wenig literaturwissenschaftliche Forschung in Deutschland zu den „kleineren“ Nationalliteraturen Europas betrieben wird.“¹⁸

Ulrich M. Schmidt schrieb über die 2. Auflage dieses Werkes u. a.: „Der Estland-Experte Cornelius Hasselblatt, der an der Universität Groningen Finnougristik lehrt, hat die wechselvolle und spannende Geschichte der estnischen Literatur kenntnisreich aufgearbeitet. Das fast 900 Seiten starke Kompendium gibt nicht nur erschöpfend Auskunft über die wichtigsten Autoren, sondern auch über die gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Rahmenbedingungen ihres Schreibens. Hasselblatt setzt damit einen hohen Maßstab, seine Darstellung darf jetzt schon als Standardwerk gelten.“¹⁹

Die Tätigkeit Boris Meissners und des Göttinger Arbeitskreises in den 1990er Jahren wurde, je nach Standpunkt des Beobachters und seinem jeweiligen Weltbild sehr unterschiedlich bewertet. Im Jahr 1977 wurde ihm der schwedische Nordstern-Orden 1. Klasse, 1979 das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse, 1995 der Orden des Marienland-Kreuzes 1. Klasse der Republik Estland verliehen. Im Jahr 1996 erhielt Boris Meissner von der Universität Tartu die Ehrendoktorwürde der Rechtswissenschaften und im gleichen Jahr das Große Verdienstkreuz mit Stern der Bundesrepublik Deutschland.

¹⁸ CARSTEN WILMS: in: NORDEUROPAforum 2/2007, S. 211.

¹⁹ ULRICH M. SCHMIDT: Konstruktion einer Nation. Ein Standardwerk über die estnische Literaturgeschichte, in: NZZ 09.08.08 Nr. 184 Seite 70 li Teil 01, in: Downloads/Schmid_2008_NZZ_Hasselblatt.pdf (Abruf: 02.11.2015).

Die PDS sah in der Erforschung der Nationalitäten- und Regionalprobleme, insbesondere der Lage der deutschen Minderheiten, in Verknennung von deren Bedeutung für die Entwicklung der Länder Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas, „staatlichen Pangermanismus“. Boris Meissner wurde 1994 in einer Publikation des Dietz Verlags Berlin u.a. unterstellt, dass er als erfahrener „SA-Mann in Estland“ bei der Erforschung der „Deutschen im Russischen Reich und im Sowjetstaat...sowohl politische als auch militärische Erfahrungen beisteuern“ konnte.²⁰



Boris Meissner mit den Beratern des ehem. Präsidenten der UdSSR Michail Gorbatschow Vladimir Schenajew und Viktor Kuwaldin in einer Konferenzpause in Mainz (April 1995)

²⁰ WALTER VON GOLDENBACH/HANS-R. MINOW: „Deuschtum erwache!“. Aus dem Innenleben des staatlichen Pangermanismus, Berlin 1994, S. 379.

Von der auf ehrenamtlicher Basis ins Leben gerufenen „Interdisziplinäre Studiengruppe für die Deutschen aus Rußland und in der Sowjetunion“ hieß es nicht nur, dass diese „unmittelbar durch die Bundesregierung bezahlt“ wurde, sondern auch, dass deren Vorsitzender, Alfred Eisfeld, ein „beim Innenministerium beschäftigter Minderheitenspezialist mit Kontakten ins Lager des Rechtsextremismus“ sei.²¹ Diese, wie auch andere, in dieser Publikation aufgestellten Behauptungen, beruhten auf Unkenntnis und sollten diffamieren. Sie zu übergehen wäre indes nicht angebracht, denn sie hatten eine weitere Entwicklung mit, wie sich später zeigen sollte, gravierenden Folgen.

Die PDS, namentlich Ulla Jelpke, richtete an die Bundesregierung eine Kleine Anfrage, in der Boris Meissner in die Nähe zum National-Sozialismus gerückt wurde. Das Bundesinnenministerium antwortete darauf für die Bundesregierung u. a. folgendes:

„Professor Dr. Boris Meissner hat bei dem Aufbau der Osteuropaforschung und insbesondere der Baltikumforschung nach dem Zweiten Weltkrieg große Verdienste erworben. Er hat seine Kompetenz und Erfahrungen auch den Regierenden und Politikern in Ost und West zur Verfügung gestellt. Sein Anliegen war und ist es, die osteuropäischen Staaten auf ihrem Weg in die Unabhängigkeit zu unterstützen und die Verantwortlichen im Westen über die Veränderungen im Osten Europas in wissenschaftlich seriöser Weise zu unterrichten“.²²

Boris Meissner kannte, wie kein anderer, auch die seit Jahrzehnten gewachsenen Defizite der deutschen Osteuropaforschung, die sich zu Zeiten der Sowjetunion vor allem auf Moskau, Leningrad und Novosibirsk fokussierte, während die Ukraine, die kaukasischen und mittelasiatischen Republiken nur selten in den Fokus wissenschaftlicher Untersuchungen genommen wurden. Daraus folgerte er, dass interdisziplinäre Forschungsgruppen für den Kaukasus, Sibirien, Kasachstan und Mittelasien, Weißrussland, die Moldau, den „Bereich zwischen Wolga und Ural“ und den „Norden mit Karelrien“ ins Leben gerufen werden sollten²³, um die wenigen Fachkräfte für eine Zusammenarbeit zu gewinnen, so wie dies

²¹ Ebenda, S. 430.

²² Deutscher Bundestag. 13. Wahlperiode. Drucksache 13/7101 (25.02.97), S. 2.

²³ BORIS MEISSNER: Die Entwicklung des Göttinger Arbeitskreises e. V., S. 31-33.

in der von Meissner 1982 gegründeten Studiengruppe für gegenwartsbezogene Baltikumforschung erfolgreich praktiziert wurde. Unter seiner Mitwirkung konnten die Interdisziplinäre Studiengruppe für die Deutschen aus Russland und in der Sowjetunion und die Studiengruppe für gegenwartsbezogene Kaukasien-Forschung gegründet werden. Erstere wurde 1995 in die „Wissenschaftliche Kommission für die Deutschen in Russland und in der GUS e. V.“ umgewandelt.

IV. Die Vierte Phase begann mit dem Regierungswechsel 1998

Nach dem Regierungswechsel von 1998 wurden die Angriffe gegen Boris Meissner und den Göttinger Arbeitskreis fortgesetzt, wobei es zu seltsamen Konstellationen und Begebenheiten kam, die Aufschluss über das Funktionieren der Politik gegeben haben. Ein in Göttingen im Februar 1994 ins Vereinsregister eingetragener „Verein zur Förderung der politischen Bildung“²⁴ warf den ersten Stein. Der Student Benjamin W. Studer, stellvertretender Vorsitzender des Vereins, nahm sich in dem Blatt des Vereins mit der vielsagenden Bezeichnung "Pampa" des Göttinger Arbeitskreises an. Im Editorial wurde dem Göttinger Arbeitskreis unterstellt, er betreibe revanchistische Politik.²⁵ Im Beitrag selbst nahm Studer Anstoß daran, dass man im Göttinger Arbeitskreis „am Beispiel des Zerfalls der Sowjetunion die Bedeutung der Nationalitätenfrage untersuchte“ und 1992/93 ein Projekt „Erstellung von Unterlagen zur aktuellen Entwicklung der Deutschen in der GUS zur Unterstützung bei der Planung und Durchführung von Hilfsmaßnahmen“ durchgeführt habe. Er schrieb: „Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion Hilfsmaßnahmen nur für ‚Russlanddeutsche‘ - das ist in höchstem Maße friedensstörend. Betriebe nur für ‚Deutsche‘ einzurichten, schürt den Nationalismus

²⁴ Laut Satzung bestand der Vorstand aus dem Vorsitzenden und dem stellvertretenden Vorsitzenden (§ 9). Im § 10 heißt es: „Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn zwei Vorstandsmitglieder, darunter der Vorsitzende oder der stellvertretende Vorsitzende, anwesend sind, und entscheidet mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Leiters der Vorstandssitzung“. Dem Wortlaut dieses § 10 zu Folge, müsste der Vorstand allerdings aus mindesten drei Personen bestehen. Dieser Widerspruch fiel offensichtlich weder im Verein, noch bei der Eintragung in das Vereinsregister auf.

²⁵ Editorial, in: Pampa. Politik und Kultur in Göttingen, Nr. 4, Herbst 1998.

an und stört die einheimische Wirtschaft, zumal wenn Standorte gegen die Bedürfnisse der Bevölkerung bestimmt werden, wie es wohl geschehen ist“.²⁶

Mit etwas Mühe hätte der Student Studer herausfinden können, dass seine Sicht der Dinge jeglicher sachlichen Grundlage entbehrt. In die Entscheidungen waren selbstverständlich nicht nur Vertreter der deutschen Bevölkerung, sondern die Gebiets- und Kreisverwaltungen mit allen relevanten Abteilungen und Behörden, und das unter dem wachsamen Auge der Sicherheitsbehörden, eingebunden. Die Projekte jeglicher Art, nicht nur die vorgeschlagenen Standorte für Bäckereien, wurden vom BMI in die Deutsch-Russische Regierungskommission für Angelegenheiten der Russlanddeutschen eingebracht und von dieser zur Kenntnis genommen. Darauf kam es Studer aber nicht an. Der Beitrag endete mit der Aufforderung: "...derartige Vereine wie den *Göttinger Arbeitskreis*, auch wenn sie sich einen noch so seriösen Anstrich geben, in keiner Weise mehr zu unterstützen". Das Heft wurde den drei Göttinger Bundestagsabgeordneten zugeschickt. Die Grünen antworteten darauf nicht, die PDS wegen Umzugs erst später.

Am 17. Dezember 1998 wurde dieser Beitrag vom Büro der Göttinger Bundestagsabgeordneten Inge Wettig-Danielmeier, Bundesschatzmeisterin der SPD, an das Bundesministerium des Innern gefaxt. Gleichzeitig wurden die Parlamentarische Staatssekretärin Cornelia Sonntag-Wolgast und die u.a. für die Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung für die Russlanddeutschen zuständige Staatssekretärin Brigitte Zypries involviert. Das Förderreferat des BMI hat am nächsten Tag den beiden Staatssekretärinnen eine Stellungnahme zum Schreiben von Frau Wettig-Danielmeier, MdB vorgelegt mit den Worten: „Das übermittelte Schreiben von Frau MdB Wettig-Danielmeier beunruhigt aus zwei Gründen: Zum einen hat sich die Frage aufgedrängt, ob es berechtigte Vorwürfe gegen die fachliche Arbeit des Göttinger Arbeitskreises oder die politische Haltung seiner Mitglieder gibt, denen das Förderreferat [...] bislang nicht ausreichend nachgegangen ist. - Zum anderen hat sich aus dem Schreiben von Frau MdB Wettig-Danielmeier eine negative Einschätzung des Göttinger

²⁶ B. W. STUDER: Großdeutschland made in Göttingen. Der begehrlische Blick nach Osten, in: Ebenda, S. 48.

Arbeitskreises und seines Forschungsinstituts ergeben („Sammelbecken revanchistischer Juristen, Historiker usw.“), die sich angesichts einer objektiven Bewertung der Arbeit nicht verselbständigen darf. – Daher soll im Folgenden neben den von Ihnen geforderten Angaben zu den Aktivitäten des Göttinger Arbeitskreises auch auf den Revanchismusvorwurf eingegangen werden.“

In der Stellungnahme des Fachreferats wurde auf sechs Seiten auf die Tätigkeit des Göttinger Arbeitskreises e. V. und seines Instituts für Deutschland- und Osteuropaforschung beschrieben, auf die Verdienste und internationale Anerkennung der von Boris Meissner, Dietrich Rauschnig und Alfred Eisfeld hingewiesen. Zusammenfassend hieß es: „Aus wissenschaftlicher und wissenschaftspolitischer Sicht ist an der heutigen Tätigkeit des Göttinger Arbeitskreises und des ihm angeschlossenen Instituts für Deutschland- und Osteuropaforschung nichts auszusetzen. Vielmehr wird bei den jährlichen Begutachtungen durch das Bundesinstitut für ostdeutsche Kultur und Geschichte regelmäßig die hohe Qualität der Arbeiten bei einem enormen Tätigkeitsfeld und geringem Mitarbeiterstamm positiv gewürdigt“.

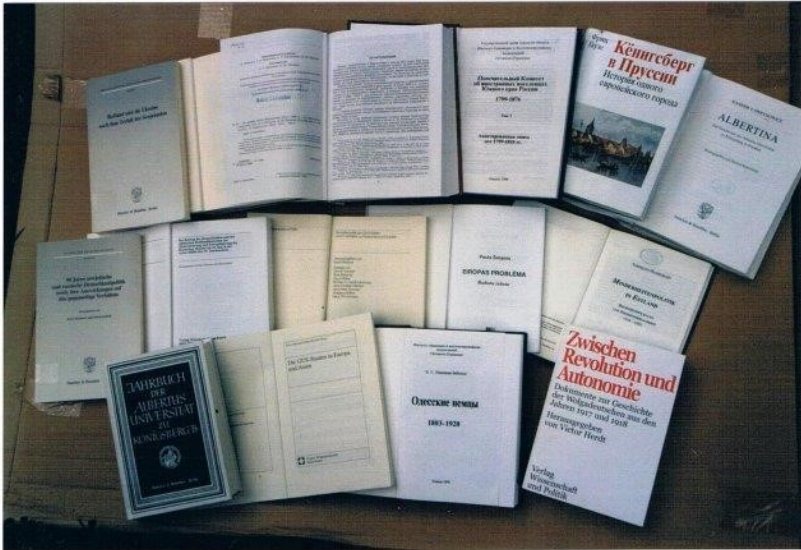
Zum Revanchismusvorwurf hieß es: „Zur Klärung, ob berechtigte Vorwürfe bestehen, habe ich den zitierten Artikel der Zeitschrift ‚Pampa‘ (Hrsg.: Verein für politische Bildung e. V.) ausgewertet, der als Anlage 1 beiliegt. Ich empfehle, den Artikel zu lesen, weil er aus sich heraus bereits die Vorwürfe als unberechtigt erscheinen läßt“. Und weiter, der Versuch, den Göttinger Arbeitskreis in Misskredit zu bringen; „ist jedoch nicht neu. In den *Antifaschistischen Nachrichten* geistert immer wieder die Formulierung vom Göttinger Arbeitskreis als dem ideologischen Zentrum des Bonner Revanchismus. Die Formulierung stammt aus dem Braunbuch des Nationalrates der Nationalen Front des Demokratischen Deutschlands“.

Das Fachreferat hat dem Göttinger Arbeitskreis empfohlen, „Kontakt mit Frau MdB Wettig-Danielmeier aufzunehmen, um über seine Tätigkeit zu informieren und offensichtlich bestehende Vorurteile abzubauen“. Den für den 4. Februar 1999 vereinbarten Gesprächstermin hat Frau Wettig-Danielmeier nach Erhalt von Informationsmaterial „für

nicht zwingend erforderlich“ gehalten und abgesagt. Ein neuer Termin konnte nicht vereinbart werden.

Im Juli 1999 gab der Staatsminister für Kultur und Medien, Michael Naumann, in einer Fernsehsendung bekannt, dass die finanzielle Förderung einiger Institutionen im Rahmen des Bundesvertriebenenförderungsgesetzes (§ 96 BVFG), darunter die des Göttinger Arbeitskreises, beendet werden solle.²⁷

Mit viel Mühe gelang es, Ministerialdirektor Knut Nevermann zu einem Besuch in Göttingen zu bewegen. Unser Ziel war es, zu zeigen,



Auswahl von über 500 Publikationen des Göttinger Arbeitskreises e. V.

dass das Institut für Deutschland- und Osteuropaforschung eine umfangreiche grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern, Archiven und Museen pflegt, wissenschaftliche Konferenzen mit hoher internationaler Beteiligung im In- und Ausland durchführt, auch im Ausland und in osteuropäischen Sprachen publiziert. Nevermann schaute

²⁷ Neues zum „Göttinger Arbeitskreis“: Es bleibt alles beim Alten, in: Pampa. Nr. 9. Winter 2000, S. 29.

sich die ausgelegten Bücher in russischer Sprache flüchtig an, sagte: „Das kann ich ja nicht lesen“, und hatte kein Interesse mehr an einer Fortsetzung des Gedankenaustausches.

Bei der Neuordnung des Bereichs der nach § 96 BVFG geförderten Einrichtungen wurde auf das Regionalprinzip abgestellt, womit eine Zusammenführung verschiedener Einrichtungen gemeint war. Wie wenig durchdacht diese Konzeption in Teilen war, konnte man in der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU Fraktion, vorgetragen vom Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien am 16. Juli 1999 nachlesen. Dem Regionalprinzip entsprechend sollte ein Schwerpunkt „Nordosteuropa mit den großen Kulturlandschaften Pommern, Ost- und Westpreußen, Teilen der GUS-Staaten, Baltische Staaten“ gebildet werden.²⁸ Dass der weit überwiegende Teil der Deutschen in den Nachfolgestaaten der UdSSR seit einem halben Jahrhundert ihren Wohnsitz im asiatische Sibirien, Kasachstan und Mittelasien hatte, spielte dabei offensichtlich keine Rolle. Es ging schließlich um Kulturlandschaften und nicht um Menschen.

Die institutionelle Förderung des Göttinger Arbeitskreises sollte eingestellt und dessen Aufgaben vom Bundesinstitut für ostdeutsche Kultur und Geschichte in Oldenburg wahrgenommen werden,²⁹ das jedoch weder konzeptionell, noch personell darauf eingestellt war. Im Abschnitt 9.3 Förderung der Wissenschaft und Lehre hieß es: „Angesichts der angespannten Haushaltslage muß sich die Förderung auf solche Projekte beschränken, die möglichst effektiv und dauerhaft das Anliegen des § 96 BVFG in Forschung und Lehre einbringen und erhalten: [...] Nach der Öffnung des östlichen Europas ist es in breitem Umfang möglich geworden, mit Wissenschaftlern in den ehemaligen deutschen Reichsprovinzen und Siedlungsgebieten der Deutschen im Osten bei der Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte zusammenzuarbeiten. Diese Wissenschaftskontakte (internationale Tagungen, Publikationen usw.) insbesondere

²⁸ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Hartmut Koschyk, Manfred Grund, Georg Janovsky, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU - Drucksache 14/1354, in: Deutscher Bundestag. 14. Wahlperiode. Drucksache 14/1432. 22.07.99, S. 5.

²⁹ Ebenda, S. 9.

mit Polen, Tschechien und Rumänien sollten im Rahmen der vorhandenen Mittel gefördert werden“.³⁰ Die wissenschafts- und gesellschaftspolitische Bedeutung einer Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern, Museen, Archiven u.a. Einrichtungen in Russland, der Ukraine, Kasachstan u.a. postsowjetischen Republiken wurde von den Verfassern dieser Konzeption offensichtlich nicht erkannt. Damit wurde ein Sprengsatz gelegt, der ganz wesentlich das vom Göttinger Arbeitskreis aufgebaute Netzwerk geschwächt und mehrere, aus Bundesmitteln anfinanzierten Projekte zum Abbruch geführt hat.

Der Göttinger Arbeitskreis bekam Unterstützung vom Präsidenten der Republik Estland Lennart Meri. Auch die Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien Elke Leonhard, MdB (SPD) erkannte die wissenschafts- wie außenpolitisch negativen Auswirkungen der beabsichtigten Neuordnung. Es ist Boris Meissner, seinen Vorstandskollegen und Mitarbeitern jedoch nicht gelungen Bundestagsabgeordnete für ihr Anliegen dauerhaft zu gewinnen.

„Pampa“ legte in der Ausgabe Nr. 9 (Winter 2000) noch einmal nach mit Behauptungen, die von der Bundesregierung bereits zurückgewiesen worden waren. Um dem Göttinger Arbeitskreis dennoch „Revanchismus“ vorwerfen zu können, hat der Student Studer in völliger Unkenntnis der Geschichte der Russlanddeutschen und der damaligen öffentlichen Diskussion in Russland und anderen GUS-Republiken das Erinnern an den Deportationserlass vom 28. August 1941 und die Liquidierung der ASSR der Wolgadeutschen als Revanchismus interpretiert. Er behauptete: „Das berechtigte Bedürfnis nach Reflektion der eigenen Geschichte³¹ wird missbraucht zu einem neuen unheiligen Zweck: der Zersplitterung Europas in Völker und Regionen, in dem kapitalkräftige Nationen wie die deutsche die schwächeren beherrschen sollen. Darauf richtet sich die Arbeit des ‚Göttinger Arbeitskreises‘, nachdem der

³⁰ Ebenda, S. 11.

³¹ Im Informationsdienst Deutsche in der ehemaligen Sowjetunion im Wortlaut wiedergegebene Berichte über Veranstaltungen der Russlanddeutschen in Russland und in Kasachstan anlässlich des Jahrestages des Deportationserlasses vom 28. August 1941 wurden als Aussagen des Göttinger Arbeitskreises suggeriert.

Traum, das ‚ganze‘ Deutschland in den Grenzen von 1937 wiederherzustellen, ausgeträumt war. Darum geht es ihnen heute: durch wiedererwecktes völkisches Bewußtsein möglichst viele deutsche Einflußgebiete in der ehemaligen Sowjetunion zu schaffen“.³² Die Fraktion der PDS griff diese Unterstellung bereitwillig auf, um erneut in einer Kleinen Anfrage von der Bundesregierung zu erfragen: „Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, wie der Göttinger Arbeitskreis e. V. die territoriale Situation der Bundesrepublik Deutschland und die bestehenden Grenzen in Europa bewertet und welche Haltung der Göttinger Arbeitskreis e. V. zu den bestehenden internationalen Grenzverträgen einnimmt?“.³³

Der Kulturstaatsminister Nauman hat zwar in seiner Antwort für die Bundesregierung auf diese Kleine Anfrage der Fraktion der PDS am 14. März 2000 darauf hingewiesen, dass vom Göttinger Arbeitskreis e. V. und seinem Institut für Deutschland- und Osteuropaforschung Aufgaben wahrgenommen werden, „an deren Erfüllung der Bund im Rahmen des § 96 BVFG ein erhebliches Interesse hat“. Das änderte aber nichts an seiner Absicht, dem Göttinger Arbeitskreis e. V. die institutionelle Förderung zu entziehen. Die falschen Behauptungen eines Studenten, bereitwillig von der PDS im Bundestag instrumentalisiert, haben das Vorhaben des Beauftragten für Kultur und Medien eher noch befördert.

Es gelang Boris Meissner mit seinen Mitarbeitern immerhin den Erhalt der vorhandenen Planstellen zu erreichen, allerdings im Rahmen einer Fusion mit dem Nordostdeutschen Kulturwerk. Die neue Einrichtung bekam die Bezeichnung Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa. Es sollte sich im Verlauf der nächsten Jahre zeigen, dass die Entwicklung dieses Instituts hin zur Konzeption „Kulturlandschaft“ Ostseeanrainerstaaten fortsetzen sollte, in der für das Thema „Kultur und Geschichte der Deutschen im Russischen Reich, in

³² B. W. STUDER: Neues zum "Göttinger Arbeitskreis": Es bleibt alles beim Alten, in: Pampa, Nr. 9. Winter 2000, S. 29.

³³ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Heidi Lippmann, Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS – Drucksache 14/2831, in: Deutscher Bundestag. 14. Wahlperiode. Drucksache 14/2945, S. 5, Ziff. 8.

der Sowjetunion und in den GUS-Republiken“ immer weniger Ressourcen zur Verfügung standen. Ein in den 1990er Jahren aufgebauter Forschungsschwerpunkt mit einem breitgefächerten Netzwerk wurde weitgehend aufgegeben, mit Bundesmitteln geförderte Projekte nicht zum Abschluss geführt bzw. deren Abschluss um 15 Jahre verzögert³⁴.

Erst nach der Fusion wurde bekannt, dass einem Lehrstuhlinhaber der Universität Düsseldorf angeboten wurde „den Göttinger Arbeitskreis anzudocken und abzuwracken“, was dieser jedoch dankend ablehnte.

Der Göttinger Arbeitskreis e. V. hat trotz der Einstellung der institutionellen Förderung seine wissenschaftliche Tätigkeit in Kooperation mit in- und ausländischen Wissenschaftlern und Einrichtungen fortgesetzt. 2006 wurde in einer wissenschaftlichen Konferenz in der Aula der Universität Göttingen das Thema „Die Russlanddeutschen in den Migrationsprozessen zwischen den GUS-Staaten und Deutschland“³⁵ In den Jahren 2007-2008 konnte die vom Göttinger Arbeitskreis e. V. angeregte Erfassung und Dokumentation von musealem Kulturgut der Schwarzmeerdeutschen in Kreis-, Stadt- und Schulmuseen des Gebiets Odessa in Zusammenarbeit mit dem Historischen Heimatkundemuseum des Gebiets Odessa durchgeführt werden. 2008 konnte in Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für Neuere und Osteuropäische Geschichte der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und der Wissenschaftlichen Kommission für die Deutschen in Russland und in der GUS eine Konferenz „Der Erste Weltkrieg und die Zivilbevölkerung in den Gebieten von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer“³⁶ abgehalten werden. Mit dem Staatlichen Gebietsarchiv Nikolaev, Ukraine, konnte ein thematisches Findbuch

³⁴ Beiträge aus Wissenschaftlichen Konferenzen des Göttinger Arbeitskreises e. V. der Jahre 1998 bis 2000 sind erst 2016 in einem Sammelband (Deutsche im Schwarzmeergebiet, auf der Krim und im Kaukasus vom 19. Jahrhundert bis 1941. Hrsg.: ALFRED EISENFELD, Verlag Dr. Kovač, Hamburg, 2016. 678 S.) zum Preis von 149,80 € erschienen und bleiben für eine breitere Öffentlichkeit dadurch unerschwinglich.

³⁵ Die Russlanddeutschen in den Migrationsprozessen zwischen den GUS-Staaten und Deutschland. Hrsg. von OTTO LUCHTERHANDT UND ALFRED EISENFELD. Veröffentlichung des Göttinger Arbeitskreises Nr. 519, Göttingen 2008, 216 S.

³⁶ Besetzt, integriert, deportiert. Der Erste Weltkrieg und die deutsche, jüdische, polnische und ukrainische Zivilbevölkerung im östlichen Europa. Hrsg. von ALFRED EISENFELD/GUIDO HAUSMANN/DIETMAR NEUTATZ, Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte im östlichen Europa, Bd. 39, Klartext Verlag, Essen 2013, 384 S.

über die Deutschen in der Region Nikolaev in den Jahren 1918-1931³⁷, mit dem Internationalen Verband der Deutschen Kultur, Moskau, ein Bildband zur Wanderausstellung im Rahmen des 250. Jubiläums der Übersiedlung der Deutschen nach Russland in deutscher und russischer Sprache³⁸, mit dem Institut für Geschichte der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine und dem Archiv des Sicherheitsdienstes der Ukraine einen Dokumentenband über den vom NKVD erfundenen „Nationalen Verband der Deutschen in der Ukraine. 1935-1937“³⁹, mit der Assoziation der gesellschaftlichen Vereinigungen der Deutschen in Kasachstan „Wiedergeburt“ eine Wanderausstellung „Deutsche in Kasachstan“⁴⁰ und in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern aus Deutschland und Kasachstan eine erste kollektive Monographie über die Geschichte und Kultur der Deutschen in Kasachstan in deutscher und russischer Sprache erarbeitet und für den Druck vorbereitet werden.

Die Durchführung dieser Projekte war trotz der schwieriger gewordenen Bedingungen der Projektfinanzierung möglich, weil der gute Ruf des Göttinger Arbeitskreises, die Bereitschaft wissenschafts- und gesell-

³⁷ Nemcy Nikolaevščyny. 1918-1931. Annotirovannyj reestr del. [Die Deutschen der Region Nikolaev. 1918-1931]. Annotiertes Findbuch. Verantw-Red.: A. Eisfeld, wiss. Red.: O. V. Eisfeld, Anxxx M. A. Mel'nik. Doneck 2013, 822 S.

³⁸ Deutsche in der russischen Geschichte. Bildband zur Wanderausstellung im Rahmen des 250. Jubiläums der Übersiedlung der Deutschen nach Russland. Bd. 1. Nemcy v rossijskoj istorii. Prezentacionnyj al'bom k peredvižnoj vystavke v ramkach prazdnovanija 250-letija pereselenija nemcev v Rossiju. T. 1. Verantw. Red.: A. EISFELD, wiss. Red.: O. EISFELD. Moskva 2012. 352 S., 813 Ill.

³⁹ Delo "Nacional'nogo sojuza nemcev na Ukraine" 1935-1937 gg.: Dokumenty i materialy [Der Fall des „Nationalen Verbandes der Deutschen in der Ukraine“ 1935-1937: Dokumente und Materialien]. Sost., avtor vstup. stat'i, primečanij i kommentarijev: A. Rublev; Red. A. Ajsfel'd. Veröffentlichung des Göttinger Arbeitskreises Nr. 522. Kyjiv 2016, 608 S.

⁴⁰ DOMINIK VORHÖLTER: Neue Wanderausstellung über Kasachstandeutsche, in: Deutsche Allgemeine Zeitung. 14. Mai 2015 // <http://deutsche-allgemeine-zeitung.de/de/content/view/3297/1>; Передвижная выставка «Немцы Казахстана». Wanderausstellung „Deutsche in Kasachstan“. Редактор и составитель: д-р Альфред Айсфельд. Chefredakteur: Dr. Alfred Eisfeld. Posol'stvo Federativnoj Respubliki Germanija Astana. Botschaft der Bundesrepublik Deutschland Astana // <http://www.wiedergeburt.kz/images/pdf/book/ausstellung.pdf>.

schaftspolitisch relevanter Projekte zusätzlich zur Arbeitsplanung durchzuführen, ganz im Sinne von Boris Meissner, von in- und ausländischen Partnerorganisationen geschätzt wurden. Dies wurde auch vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, dem Bundesministerium des Innern und dem Auswärtigen Amt sowie Stiftungen anerkannt und gefördert. Ganz im Sinne von Boris Meissner wurde die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern und wissenschaftlichen Einrichtungen auch in einem erheblich schwierigeren Umfeld fortgesetzt, in der Gewissheit, dass sie, ungeachtet vorübergehender Störungen, zukunftsweisend sind.

Abkürzungsverzeichnis

ABL.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AFDI	Annuaire français de Droit International
Anm.	Anmerkung
ASSR	Autonome Sozialistische Sowjetrepublik
Aufl.	Auflage
Bd.	Band
BGBL	Bundesgesetzblatt
BIOst	Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche Studien
BMI	Bundesministerium des Inneren
BRICS	Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika
BRP	Baltische Republikanische Partei
BVFG	Bundesvertriebenengesetz
BWZ	Besondere Wirtschaftszone
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
EAWU	Eurasische Wirtschaftsunion
ed.	editor
EG	Europäische Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EIB	Europäische Investitionsbank
ENP	European Neighbourhood Policy
EPIL	Encyclopedia of Public International Law
EU	Europäische Union
EUG	Europäisches Gericht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
FRTD	Facilitated Rail Transit Document
FTD	Facilitated Transit Document
FWZ	Freie Wirtschaftszone
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

GJoIL	Goettingen Journal of International Law
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
Hrsg.	Herausgeber
ICJ	International Court of Justice
IFLA	Informationsdienst für Lastenausgleich
IPbürgR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
IPwirtR	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
IWF	Internationaler Währungsfonds
JZ	Juristenzeitung
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit
LH	Lufthansa
lit.	littera
LNTS	League of Nations Treaty Series
Mio.	Millionen
MOE-Staaten	Mittel- und osteuropäische Staaten
Mrd.	Milliarden
MSSR	Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NILR	Netherlands International Law Review
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PDA	Priority Development Area
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PiS	Prawo i Sprawiedliwość, deutsch: Recht und Gerechtigkeit
OAU	Organisation für Afrikanische Einheit
Res.	Resolution
RGBL	Reichsgesetzblatt
Rn.	Randnummer
ROW	Recht in Ost und West
Rs.	Rechtssache

RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
Slg.	Sammlung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SSR	Sozialistische Sowjetrepublik
UAbs.	Unterabsatz
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UN	United Nations
UNO	United Nations Organisation
US	United States
USA	United States of America
USD	US-Dollar
UVR	Ukrainische Sowjetrepublik
vgl.	vergleiche
WTO	World Trade Organisation
WUVR	West-Ukrainische Volksrepublik
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht